

## 8. März – Internationaler Frauentag

KPÖ-Landtagsabgeordnete  
Claudia Klimt-Weithaler



Mädchen wachsen heute in dem Gefühl auf, dass sie gleichberechtigt sind und ihnen später alle Türen offen stehen – oder zumindest genauso viele wie den Burschen. Die Frauenbewegung erscheint ihnen oft antiquiert, denn deren Ziele sind ja vermeintlich schon erreicht. Das böse Erwachen kommt erst nach dem Schulabschluss, bei Studentinnen oft erst nach dem Examen: ihre Berufschancen sind schlechter, Frauen bekommen in den meisten Bereichen für gleiche Arbeit weniger Geld als ihre männlichen Kollegen.

Die starke Ausweitung der Teilzeitarbeit und geringfügiger Beschäftigungsverhältnisse in den unteren Einkommensschichten trägt wesentlich dazu bei, dass sich die Ungleichheit in der Einkommensverteilung ausweitet. Frauen stellen in Österreich immer noch den Großteil der Teilzeitarbeitskräfte: 37,1 % der Frauen sind teilzeitbeschäftigt,

jedoch nur 3,9 % der Männer. Die Einkommen von Frauen bleiben merklich hinter jenen der Männer zurück. Im Jahr 2003 lagen sie im Durchschnitt bei 67,2 % der Männereinkommen – der Abstand war damit um 1,5 Prozentpunkte größer als Mitte der 90er Jahre.

Frauen werden weltweit benachteiligt, das ist eine Tatsache. Für viele Frauen steht Gewalt an der Tagesordnung. Gewalt gegen Frauen, körperliche wie strukturelle, ist letztlich immer Ausdruck des Machtgefälles, das zwischen den Geschlechtern existiert.

Die KPÖ wird am 8. März Aktionen und Veranstaltungen durchführen, die frauenspezifische Probleme aufzeigen. Denn: letztendlich muss unser Ziel eine Gesellschaft sein, in der das Geschlecht keine Rolle mehr spielt, weil wir alle, Frauen, Männer und Kinder, unseren Bedürfnissen entsprechend gleich behandelt werden!

## Rechnungshof bestätigt KPÖ: Miete statt Eigentum ist kurzfristig

In seinem jüngsten Prüfbericht der Stadt Graz kritisiert der Bundesrechnungshof jenes Vorgehen der Stadtregierung, das die KPÖ stets angeprangert hat.

hat man immer beschimpft, wir wären gegen alles, als es um diese Verkäufe ging. Nun spricht der Bundesrechnungshof dieselbe Sprache“, sieht sich KPÖ-Chef Ernest Kaltenecker bestätigt.

In ihrer Antwort darauf hält die Stadt fest, dass man nicht die Absicht habe, alle Immobilien zu veräußern, „zumal dies keine nachhaltige Konso-

Der Bundesrechnungshof nimmt das Verkaufen und Zurückmieten von städtischen Immobilien an die Grazer Bau- und Grünlandsgesellschaft (GBG) ins Visier. Er erhält diese Immobilienverkäufe für „unzweckmäßig, weil sie keine nachhaltige Verbesserung der finanziellen Lage, sondern wegen der nunmehr abzudeckenden Mietaufwendungen langfristig gesehen das Gegenteil bewirken“. „Uns



lidierung bewirke“. Besser man kommt spät drauf als gar nicht, könnte man sagen.

## Tolle Preise für Pflichtschulen

Pflichtschulen sind eingeladen, beim ersten Gesundheitspreis für Grazer Schulen mitzumachen. 4.100 Euro winken.

Für alle Grazer Pflichtschulen und AHS-Unterstufen gibt es heuer erstmals einen Gesundheitswettbewerb. Unter dem Motto „Gesundheit macht Schule – Schule macht Gesundheit“ werden gesundheitsfördernde Schulprojekte von der Stadt Graz ausgezeichnet und finanziell unterstützt. Der Bewerb läuft bis 31. Mai und wird mit

einer Preisverleihung im Juni enden.

„Wir möchten die Gesundheitsaktivitäten der Schulen sichtbarer machen und öffentlich wertschätzen“, so die zuständige Stadträtin Wilfriede Mongioudis, „und stellen daher Preise im Wert von 4.100 Euro zur Verfügung.“ Kinder und Jugendliche, die gesund-

heitsförderndes Verhalten erlernen und üben, haben bessere Voraussetzungen, sich körperlich und geistig gut zu entwickeln. Zahlreiche Schulen veranstalten deshalb Gesundheitsprojekte, Workshops und Aktionstage und folgen damit den Empfehlungen der WHO.

Die eingereichten Projekte sollten sich auf einen der folgenden Themenbereiche beziehen: gesundes Leben (Ernährung, Bewegung, Sport...), Suchtvorbeugung, Gewaltprävention oder Un-



KPÖ-Stadträtin  
Wilfriede Mongioudis:  
Gesundheitsprojekte an Schulen

fallverhütung. Die Projekte sind beim Grazer Gesundheitsamt einzureichen, wo man auch Auskünfte unter Tel. 872-3201 erhält.